

Statt „Schrei vor Glück“ „Zalando, aber fair!“

LINKE und Gewerkschaften fordern bessere Arbeitsbedingungen bei Zalando in Erfurt

Als nicht repräsentativ zurückgewiesen hat die Zalando-Unternehmensführung die kritischen Ergebnisse einer gewerkschaftlichen Befragung von Mitarbeitern am Standort Erfurt. Sie hätten in einer eigenen Erhebung viel mehr befragt und 80 Prozent hätten sich zufrieden geäußert. Kunststück - was will man schon sagen, wenn die Chefs fragen und man hat nur einen befristeten Arbeitsvertrag?!

Und bei Zalando Erfurt sind 90 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse zumeist auf zwei Jahre befristet. Das Versandhandelsunternehmen in Erfurt - ein 100-Millionen-Projekt, in dessen Ansiedlung 22 Millionen Euro Wirtschaftsfördergeldern flossen und wo inzwischen 2.000 Menschen arbeiten -, „muss auch für gute Arbeitsbedingungen sorgen“, hatte die Abgeordnete der Linksfraction, Ina Leukefeld, beim Pressegespräch am 27. Mai im Landtag gefordert. Dort hatten Undine Zachlot, Ver.di Thüringen, und Monika Sossna, DGB Erfurt, die Ergebnisse einer Befragung am 28. und 29. April, die in den in den Schichtbussen und sehr ausführlich vorgenommen worden war, vorgestellt.

Ina Leukefeld: „Dialog ist keine Einbahnstraße“

Die Auswertung der 63 Befragungen ergibt jedenfalls ein ganz anderes Bild als das von der Unternehmensführung verbreitete. Zwar bejahten 57 Prozent die Frage, ob ihnen die Arbeit eher Spaß macht, aber wirklich zufrieden äußerten sich nur 27 Prozent und eine Zukunft bei Zalando sah nicht einmal jeder Zweite.

70,5 Prozent bezeichneten den Arbeitsdruck als teilweise hoch bis sehr hoch. Für etwa die Hälfte sind Lärm, Staubbelastung, Raumklima belastend. Fast 40 Prozent sind bereits im

ersten Arbeitsjahr schon einmal krank zur Arbeit gegangen. Etwa jeder Dritte kritisierte Überwachung durch Leistungs- und Personenkontrollen sowie unangemessene Pausenregelungen.

Vor allem müssen der enorm hohe Anteil befristeter Beschäftigungsverhältnisse zurückgedrängt und (auch dadurch) betriebliche Mitbestimmung gesichert werden, forderte die Arbeitsmarktpolitikerin der Linksfraction, denn dass die Kolleginnen und Kollegen noch keinen Betriebsrat gegründet haben und die Geschäftsführung argumentiert, dass sie dafür schließlich

lando, aber fair! - in diesem Sinne sollte die Unternehmensführung die Probleme angehen, auch damit man den Betrieb guten Gewissens empfehlen kann. Die Ergebnisse unserer Befragung können dabei sicher hilfreich sein“.

Immer noch Niedriglöhne

Hinzugefügt sei: Vielleicht kann sich dann ja auch mehr als die gegenwärtig 47 Prozent der Beschäftigten vorstellen, länger als zwei Jahre bei Zalando zu bleiben. Denn die Befragung gibt



nicht verantwortlich seien, habe eben auch mit ihrer prekären Beschäftigungssituation zu tun.

Ina Leukefeld hatte auch darauf verwiesen, dass sie zusammen mit Karola Stange, Gleichstellungspolitikerin der Linksfraction und in Erfurt direkt gewählte Landtagsabgeordnete, mehrfach das Werk besichtigt und mit Beschäftigten und der Geschäftsführung gesprochen hatte. In diesem Zusammenhang betonte sie: „Dialog ist keine Einbahnstraße.“ Und schließlich sei Zalando ein Unternehmen mit einem jährlichen Umsatz von 1,5 Milliarden Euro, das zudem in 14 Ländern präsent ist und 3.500 Mitarbeiter hat. Undine Zachlot hatte beim Pressegespräch unterstrichen: „Unser Motto lautet ‚Za-

auch insofern Anlass zur Sorge, dass Zalando zukünftig seinen Arbeitskräftebedarf nicht mehr wird decken können. Inzwischen bieten schon ganz in der Nähe andere Logistik- und Versandhandelsunternehmen attraktivere Bedingungen, auch was die Entlohnung betrifft.“

Ina Leukefeld gab zu bedenken: Selbst wenn jetzt die Zalanda-Stundenlöhne auf 9,04 Euro angehoben wurden, ist es immer noch ein Niedriglohnunternehmen. Eine stärkere Tarifbindung und Mitbestimmung in den Betrieben, so die DGB-Vertreterin Monika Sossna, sei überfällig, da hinke der gesamte Osten hinterher.

A. Rudolph
Foto: P. Lahn

VON A BIS Z:

Antibiotika-Resistenz

Mit Blick auf Diskussionen über die Belastung von Wurstwaren und Mettprodukten mit antibiotika-resistenten Keimen forderte DIE LINKE erneut, die Haltungsbedingungen von Geflügel und Schweinen zu verbessern. „Gerade in der Geflügel- und Schweinehaltung gibt es enormen Handlungsbedarf, um den Krankheitsdruck in den Beständen zu verbessern“, stellte Dr. Johanna Scheringer-Wright, Sprecherin für Agrarpolitik der Linksfraction im Thüringer Landtag, fest.

„Puten, Masthähnchen und Mastschweine brauchen mehr Platz in den Ställen, mehr Frischluft, Sonne und Auslauf, damit ihr Immunsystem gestärkt wird und damit Krankheiten und Behandlungen mit Antibiotika reduziert werden“, erklärte die Landtagsabgeordnete. Solange schlechte Haltungsbedingungen toleriert und keine zielführenden Vorschriften in den Verordnungen festgelegt würden, könne man den Krankheitsdruck nicht wirklich in den Griff bekommen. „Die Folge davon ist, dass Landwirte aus Angst vor ausbrechenden Krankheiten in den dicht besetzten Tierbeständen natürlich zum Antibiotika greifen und das fördert die Antibiotika-Resistenzen der Keime“, sagte die LINKE-Agrarexpertin.

Die Verschärfung des Arzneimittelgesetzes allein, so wie es jetzt passiert ist, reiche nicht aus: „Die Haltungsbedingungen müssen dringend verbindlich verbessert werden“, forderte Johanna Scheringer-Wright abschließend.

WICHTIGE TERMINE

Landtagssitzungen:

Die nächsten und letzten planmäßigen Plenarsitzungen in dieser Legislaturperiode finden in der Zeit vom 25. bis 27. Juni sowie vom 16. bis 18. Juli statt.

Tag der offenen Tür:

Der Thüringer Landtag lädt zum Tag der offenen Tür ein am Samstag, den 21. Juni, in der Zeit von 10 bis 18 Uhr. Motto: „Wahl! statt egal - Gesellschaft. Meinung. Parlament.“ Die Linksfraction ist natürlich wieder mit einem umfangreichen Informationsangebot dabei, und im Fraktionssitzungsraum (Funktionsgebäude, Raum 201) lädt das Fraktionscafé zum Verweilen ein.

Aktuelle Themen, Presseinformationen, Aktionen, Schwerpunkt- und Diskussionsforen:
www.die-linke-thl.de

Campustour

Um die hochschul- und wissenschaftspolitischen Positionen der LINKEN zu diskutieren, begibt sich die Linksfraction in Kooperation mit der LAG Wissenschaft und Hochschule in der Zeit vom 10. Juni bis 9. Juli tageweise auf Campustour in Thüringen. Dabei soll auch eine Umfrage durchgeführt werden zum Hochschulgutachten „Campus Thüringen - Perspektive durch Kooperation“, das die Landtagsfraction in Auftrag gegeben und im April öffentlich vorgestellt hatte (s.a. Internet). An Infoständen und in Diskussionsveranstaltungen werden die Themen Hochschulstrukturentwicklung, Beschäftigungsverhältnisse und auch Technologie- und Forschungslandschaft sicherlich im Mittelpunkt stehen.

Arbeitsmarkt

„Kaum lässt die Frühjahrsbelegung etwas nach, wird deutlich, wo die Probleme des Thüringer Arbeitsmarktes liegen, auch wenn es einen Rückgang um etwas mehr als 3.000 Arbeitslose gibt“, so MdL Ina Leukefeld. 36,1 Prozent aller Erwerbslosen sind langzeitarbeitslos. Die LINKE setzt sich besonders für die Schaffung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in gemeinnützigen Bereichen ein. Zudem müssten „alleinerziehende Frauen, Ältere, Menschen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund passgenau unterstützt werden, von Randzeitenbetreuung über ein Budget für Arbeit für Menschen mit Behinderung bis hin zur schnelleren Anerkennung von Berufsabschlüssen“.

Freie Schulen

Das Thüringer Verfassungsgericht erklärte am 21. Mai mit seinem Urteil über die Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft mehrere Gesetzesregelungen für nicht verfassungskonform und forderte den Gesetzgeber auf, bis spätestens 31.03.2015 das Gesetz zu überarbeiten. Dazu erklärt MdL Dirk Möller: „Um zu einer guten Lösung zu kommen, muss zu Beginn der neuen Legislatur im Rahmen eines großen Anhörungsverfahrens eine verbindliche gesetzliche Regelung geschaffen werden. Das muss eine der ersten Aufgaben des neuen Parlaments sein. Um Thüringen zukunftsfähig zu gestalten, dürfen wir nicht vergessen, dass die finanzielle Ausstattung aller Schulen verbessert werden muss!“